

LESERBRIEFE

Es wird immer enger
in der Schweiz

Das Bundesamt für Statistik gab kürzlich bekannt, dass in der Schweiz seit Ende 2018 erstmals über 8,5 Millionen Personen leben. Vor 50 Jahren waren es noch gut 6 Millionen Personen. Insbesondere seit der Personenfreizügigkeit hat das jährliche Wachstum stark zugenommen – alleine in den letzten 13 Jahren ist die Bevölkerung wegen der unkontrollierten Zuwanderung um 1 Million gestiegen. Und auch wenn derzeit viele nur noch über das Klima reden: Die Zuwanderung geht munter weiter. Laut Hochrechnung wird in gut 20 Jahren die 10-Millionen-Schweiz eine Tatsache sein. Wollen wir das? Ich nicht!

Es wird dadurch nämlich immer enger, stressiger, teurer und ungemütlicher. Die Infrastrukturen wie Schulen, Strassen, öffentlichen Verkehr, Wohnungen usw. müssten auch ausgebaut werden. Und die Folgen wie Landschaftsveränderung, Einbussen an Lebensqualität und Dichtestress werden

vom Albtraum zur Realität. Die Zuwanderung wird auch die heutigen Probleme wie Lohndruck und Arbeitslosigkeit (gerade bei den über 50-Jährigen) weiter verschärfen. Und als Landwirt frage ich mich: Können wir überhaupt so viele Personen ernähren, denn bereits heute liegt der Selbstversorgungsgrad nur noch bei rund 50 Prozent.

Was ist jetzt zu tun? Das Schweizer Volk hat die Antwort bereits gegeben. Am 9. Februar 2014 haben Volk und Stände der eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» zugestimmt. Deren Nichtumsetzung in Bern per Verfassungsbruch kennen wir leider alle. Umso wichtiger ist es jetzt, dass die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» der SVP nächstes Jahr an der Urne angenommen wird – damit die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern kann.

Willi Knecht, Kantonsrat SVP, Geiss

Bollwerk Schweiz verstärken

Dass der Wahlkampf-Herbst 2019 begonnen hat, ist gar keine Frage, denn kleine und grosse Parteien setzen sich mit Events landesweit in Szene und versuchen Zustimmung der Wählerschaft zu bekommen. Noch steht die Schweiz wie ein Bollwerk in Europa. Ein Europa, das eher nach Bruchbude aussieht, sobald ihre Lücken, Schwächen, und Uneinigkeiten zu Tage treten.

Umso wichtiger scheint es mir, dass das Schweizer Stimmvolk den Ernst der Lage erkennt und nicht nur von der SVP an die Verantwortung in dieser Gefahr ermahnt wird. Wenn selbst die deutsche «Bild»-Zeitung am 26. Juni 2019 titelt «Schande für Europa», weil die Europarats-Versammlung Russland sein Stimmrecht zurückgeben will, nachdem die Krim annektiert, 298 unschuldige Menschen im Flug über der Ukraine abgeschossen wurden, und Russland weiterhin die Ostukraine infiltriert. Die Schweiz ist zwar in diesem Europa eingemittelt, existiert aber über

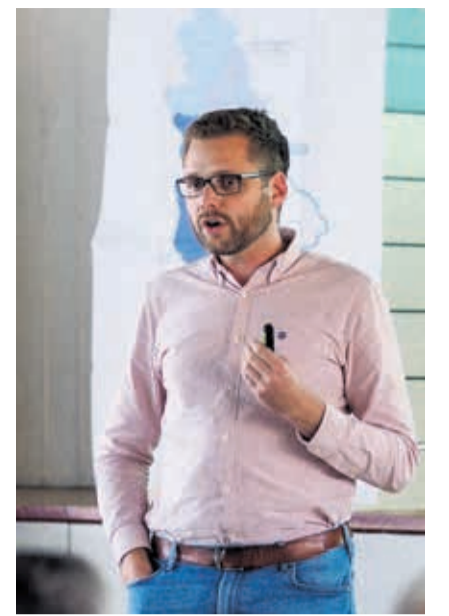
viele Jahre als eigenständiges Bollwerk. Unser Land steht gerade ohne Mitgliedschaft in der EU wirtschaftlich an der Spitze.

Wie sollte denn die Schweiz als unabhängige Nation operieren, wenn bei den wichtigen Entscheidungen EU-first draufsteht? Haben sich unsere EU-Turbos in Parteien und Verwaltungen diese Frage je gestellt, oder wird ein sanftes Einfädeln in die EU gar als bekömmlich angesehen? So meinte Christoph Blocher: «Ich bekämpfe unsern Freiheitsverlust, nicht die EU.» Trotz teilweiser Medienscheitler stellte Bundespräsident Ueli Maurer vor wenigen Tagen fest, das Rahmenabkommen in dieser Form ist gestorben. Damit trifft er die mehrheitliche Meinung unserer Bürgerschaft. Warum nur ist zu dieser brennenden Aktualität im Wahlkampf von anderen Parteien so wenig zu hören?

Hans Isenschmid, Egozwil



Sie wollen die überregionale Wasserversorgung langfristig sichern: Guido Roos, Geschäftsführer Region Luzern West; Hans-Ruedi Hottiger, Präsident zofingenregio und Michael Kurmann, Tagmar AG. Fotos zvg



Wasserversorgung langfristig sichern

REGION Mehrere regionale und kantonale Planungsträger engagieren sich, um die Wasserversorgung der Gemeinden in den Einzugsgebieten der Wigger und der kleinen Emme langfristig zu sichern.

Eine erste Informationsveranstaltung für die Vorstände der jeweiligen Wasserversorgungen sowie die Brunnenmeister und Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden fand in Reiden statt. «Wasser hält sich nicht an Grenzen – weder an die der Gemeinden, noch an die des Kantons», hielt Hans-Ruedi Hottiger, Präsident des Regionalverbands zofingenregio, in seiner Begrüssung fest. Deshalb sei eine fachliche Zusammenarbeit zum wichtigen Thema Wasser über institutionelle Grenzen hinaus nötig. Vor allem die wasserknappen Sommermonate der vergangenen Jahre hätten die Notwendigkeit verdeutlicht, bestehende und zukünftige Infrastrukturen wie Wasserreservoirs und -leitungen im Verbund zu planen, sagte Hottiger. «So dass alle davon profitieren und sich gegenseitig aushelfen können.»

Gemeinde- und kantonsübergreifendes Projekt Hauptziel des gemeinde- und kantonsübergreifenden Projekts «Regionale Wasserversorgungsplanung Wigger»

sei es, die Wasserversorgung von 28 in fünf so genannte Zellen eingeteilte Gemeinden langfristig, gemeinsam und möglichst verbindlich zu sichern, erklärte Guido Roos, Geschäftsführer des federführenden regionalen Entwicklungsträgers Region Luzern West. «Durch die Beteiligung mehrerer regionaler Entwicklungsträger, Regionalplanungsverbände und kantonaler Dienststellen können Synergien optimal genutzt werden.» Dabei müssten die verschiedenen raumplanerischen Rahmenbedingungen in den Kantonen Luzern und Aargau beachtet werden, so Roos. Bei der Startveranstaltung ging es darum, Grundsatzfragen zu klären, Einigkeit bezüglich des Handlungsbedarfs und des weiteren Vorgehens herzustellen und Anliegen der Gemeinden aufzunehmen.

Handlungsbedarf eruiert

Der Handlungsbedarf in den einzelnen Zellen wurde durch die Erarbeitung von technischen Konzepten eruiert. Sie wurden erläutert von Paul Marbach, Geschäftsführer StWZ Energie AG und des Grundwasserverbands Wiggertal, und Michael Kurmann vom Ingenieurbüro Tagmar AG. Diese technischen Konzepte zeigen langfristige Optimierungspotenziale für die Wasserversorgungen und mögliche Synergien bei der Wasserbeschaffung und -speicherung auf, benennen technisch sinnvolle Zusammenschlüsse und quantifizieren Schnittstellen bei Abgabe und Bezug

von Trinkwasser. Sicher ist: «In allen bisher untersuchten Zellen liegen Potenziale zur Optimierung vor, die mit spezifischen Massnahmen regional bzw. überkommunal koordiniert werden könnten», so Kurmann, der die Anwesenden gemeinsam mit Paul Marbach über den bereits feststehenden Handlungsbedarf in den einzelnen Zellen informierte.

Veralteter Wasserversorgungsplan wird neu erarbeitet

In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Wasserversorgern werden im weiteren Verlauf des Projekts die erarbeiteten technischen Konzepte in einen neuen regionalen Teilrichtplan «Wasserversorgung» oder neue vertragliche Lösungen einfließen. Dieser ersetzt den in die Jahre gekommenen regionalen Teilrichtplan «Wasserversorgung» von 1999 und stellt zukünftig die Grundlage für die Umsetzung auf kommunaler Ebene dar.

Am Projekt «Regionale Wasserversorgungsplanung Wigger» sind neben den beiden luzernischen regionalen Entwicklungsträgern Region Luzern West und Region Sursee-Mittelland sowie dem aargauisch-luzernischen Regionalplanungsverband zofingenregio auch der Grundwasserverband Wiggertal sowie die Dienststellen Raum und Wirtschaft (rawi) sowie Umwelt und Energie (uwe) des Kantons Luzern beteiligt. Der Abschluss des Projekts ist für das Jahr 2022 vorgesehen. pd/WB

DAS

WB-Podium



Cornelia Lustenberger*

In der Schweiz und in anderen Ländern Europas werden immer mehr Heime für Asylsuchende geschlossen. Für viele Menschen, welche das hören, ist es eine erfreuliche Nachricht, weil

Das Prinzip der
Menschenwürde

sie den Eindruck vermittelt, dass es jetzt weniger Flüchtlinge auf der Welt gibt. Doch das täuscht.

Laut aktuellen Angaben des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) ist die Zahl von Flüchtlingen, Asylsuchenden sowie Vertriebenen weltweit nämlich von 43,3 Millionen in 2009 auf 70,8 Millionen im Jahr 2018 gestiegen und hat damit ein Rekordhoch erreicht. Im Durchschnitt fliehen pro Tag 37 000 Menschen aufgrund von Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen.

gen. Weltweit sind mehr als die Hälfte davon Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Es gibt viele Gründe, warum diese Menschen ihr Zuhause verlassen: Bedrohung, Krieg, Gewalt, Armut, Perspektivenlosigkeit, Verfolgung, Vertreibung, Diskriminierung, Umweltzerstörung, Klimawandel, Rohstoffhandel, Landraub und vieles mehr. Ressourcenreichtum in Ländern schafft oft Rahmenbedingungen für extreme Ungleichheit, ökologische Missstände, Repression oder Bürgerkrieg. Vor allem auch indigene Bevölkerungsgruppen sind Opfer davon. Ein aktuelles Beispiel ist der Brand des Amazonas-Regenwaldes, welcher die Existenzgrundlage von tausenden Ureinwohnern zerstört.

Viele mächtige Politiker und einflussreiche Medien erwecken den Eindruck, dass reiche Länder mehr als genug tun, um Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung zu helfen. Aber in Wirklichkeit sieht es anders aus. Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die wohlhabenden Länder, sind nicht bereit die Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen zu übernehmen beziehungsweise diese sinnvoll und angemessen zu teilen. Zweifellos sollte die Asylpolitik den Anforderungen zum Schutz dieser Menschen gerecht werden und die in-

ternationalen Asylstandards erfüllen. Anstatt sich auf ein faires, praktisches und berechenbares System zu einigen, wird vermehrt auf eine Asylpolitik gesetzt, welche die Asylsuchenden entmutigt, abschreckt oder sogar vollständig daran hindert Asyl beantragen zu können. Damit wird versucht, die Verantwortung an die Nachbarländer abzuschieben. So haben mindestens 80% der Flüchtlinge nicht etwa in westlichen Industriestaaten Zuflucht gefunden, sondern in Entwicklungs- oder Schwellenländern. In den letzten fünf Jahren haben beispielsweise die Türkei, Pakistan, Uganda, Sudan am meisten Flüchtlinge aufgenommen.

Wie weit skrupellose und menschenwürdige Migrationspolitik gehen kann, hat Italiens Innenminister Salvini kürzlich bewiesen, indem er privaten Hilfsorganisationen verbot mit ihren Schiffen und den Flüchtlingen an Bord in Italien anzulegen. Die erschöpften und traumatisierten Menschen auf den Schiffen waren gezwungen, tagelang und unter menschenverachtenden Bedingungen auf dem Meer auszuharren, bis ihr Landgang ausgehandelt werden konnte. Zusätzlich hat die rechtspopulistische Regierung Italiens einen Erlass verabschiedet, der hohe Geldstrafen gegen Hilfsorganisationen vorsieht, die Migranten aus dem Mittelmeer retten.

Was würde geschehen, wenn die privaten Hilfsorganisationen diese Rettungen von Flüchtlingen in Seenot nicht durchführen würden? Würden die europäischen Länder die Hilfesuchenden im Mittelmeer ertrinken lassen? Wie ist so etwas menschenunwürdiges in Europa möglich? Das Völkerrecht besagt eindeutig: Menschen in Seenot müssen gerettet werden. Demnach kann man also der Anzeige wegen Verdacht auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche gegen die Politik in Brüssel und die EU-Mitgliedsländer eingereicht wurde, nur zustimmen.

Oftmals wird die Schuld für diese Umstände bei den flüchtenden Menschen selber gesucht. Doch die eigentlich Verantwortlichen sind die Verursacher dieser Flüchtlingswellen. Und dazu gehören auch die Wohlstandsländer, die durch den Kolonialismus sowie imperialistische und kapitalistische Systeme eine Mitverantwortung für die verzweifelte Lage und das Übel dieser Menschen haben. Mit ihrem skrupellosen und gierigen Streben nach materiellem Profit und Reichtum verursachen sie Kriege, Unterdrückung, Hunger, Verelendung und tragen zur Ausbeutung von Mensch und Natur bei. Ganze Weltregionen werden destabilisiert und den dort lebenden Menschen werden Zukunftsperspektiven in ihrer Heimat genommen, was die Fluchtbewegun-

gen auslöst. Mitverantwortlich sind ebenfalls die weltweit immer noch verbreiteten diktatorischen Regierungen, welche unter dem Deckmantel einer «Schein-Demokratie» oft sogar finanziell im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit unterstützt werden, während sie mit ihrer Machtpolitik, Korruption und Repressionen ebenfalls Tausende von Menschen zur Flucht zwingen.

Doch alles hat seine Grenzen und Folgen, auch der Wohlstand auf Kosten der ärmsten Menschen und der Natur! Es ist Zeit, die Ursachen für Migration zu bekämpfen, nicht die Flüchtenden! Migrationsströme werden sich nur drastisch reduzieren lassen, wenn weltweit menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen werden. Das Recht auf ein Leben in Würde steht allen zu und darf kein Privileg sein.

* In dieser Rubrik gibt der WB verschiedenen Persönlichkeiten aus dem Hinterland und dem Wiggertal Gelegenheit, sich zu einem selbst gewählten Thema frei zu äussern. – Cornelia Lustenberger wurde 1964 in Altbüren geboren. Sie arbeitete rund zehn Jahre als Kaufmännische Angestellte. Nach einer Viruserkrankung nahm ihr Leben fortan eine ganz neue Richtung. Seit 1995 leistet sie Freiwilligenarbeit als Sozialarbeiterin in La Ceiba in Honduras, Zentralamerika. Sie betreut ehemalige Strassenkinder, gibt ihnen Unterricht und ermöglicht ihnen sinnvolle Freizeitbeschäftigungen und Berufsausbildungen. Daneben arbeitet sie auch mit Häftlingen im Gefängnis, macht Aidsprävention, führt Aidstests durch und realisiert Schulmaterialverteilungen in Armenvierteln usw. All ihre Freiwilligenarbeit ist nur dank Spendengeldern auf privater Ebene möglich.